

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 27.

Sonnabend den 27. Januar.

1849.

Bekanntmachung.

Sonntags den 28. Januar 1849 früh 11 Uhr wird die Gedächtnisfeier zu Ehren des verewigten **Gottfried Hermann** abgehalten werden; sämtliche Professoren, Docenten und übrigen Mitglieder der Universität werden hierdurch aufgefordert, sich hierzu gedachten Tages früh $\frac{3}{4}$ 11 Uhr in dem Sitzungssaale des akademischen Senates zu versammeln.
Leipzig den 24. Januar 1849.

Der Rector der Universität.
D. O. L. Erdmann.

Landtagsverhandlungen.

Vierte öffentliche Sitzung der ersten Kammer am
25. Januar 1849.

Auf **Gautsch's** Interpellation über die Stifter und Klöster antwortet Minister v. d. Pfordten: ein Antrag auf die Aufhebung sei vom vorigen Landtage nicht eingegangen; über die der Stifter seien die hoffentlich bald beendigten Unterhandlungen eingeleitet; die der Klöster sei nicht ausführbar wegen der Verpflichtung gegen Oesterreich, die Lausitz und die Verfassung. Das Vermögen der Klöster sei consignirt; die Ausnahmen von der Jurisdiction würden beschränkt und andere Verbesserungen seien schon postulirt. **Gautsch** ist damit nicht ganz zufrieden; bloße Hoffnungen genügen ihm nicht. Er beantragt: die Regierung solle über die Aufhebung der Stifter rechtzeitig eine Vorlage an die Kammer bringen; über die Klöster werde bei Revision der Verfassungsurkunde weiter zu sprechen sein. Minister v. d. Pfordten: Weiteren Antheil an der Discussion könne die Regierung der obschwebenden Verhandlungen wegen nicht nehmen; jede Frucht müsse ihre Zeit zur Reife haben. **Tzschukke** beantragt nach dieser Erklärung den Uebergang zur Tagesordnung. **Bricke** formulirt einen von **Gautsch** adoptirten Antrag: bei Abänderung der Verfassung solle gleich die Aufhebung der Klöster mit vorgenommen und dazu das Nöthige von der Regierung vorbereitet werden. Auf **Tzschukke's** Antrag kommen beide Anträge an die Petitionsdeputation.

Günther interpellirt über Uebelstände bei der Briefpost; **Böricke**, ob die Acten über den Waldenburger Excess dem Staatsanwalt übergeben worden.

Das königliche Decret in Betreff des Münzcartells wird auf Antrag **Tzschukke's** einstimmig genehmigt.

Sechste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am
25. Januar 1849.

Auerswald wünscht zu wissen, ob Min. v. d. Pfordten die schmachvolle Adresse, welche im Leipziger Tageblatt an ihn gerichtet worden, empfangen, und was er darauf gethan habe. Er müsse sich bald hierüber erklären, um den Verdacht, daß er es mit der Reaction halte, von sich zu wälzen. Auf **Schaffrath's** Antrag verweigert die Kammer die Genehmigung zu Vorlesung der fraglichen Adresse. — Die Deputation zur Untersuchung der Blum'schen Angelegenheit besteht aus **Tzschirner**, **Schaffrath**, **Helbig**, **Auerswald**, **Kell** von Leipzig, **Jäkel**, **Benseler**. Bei der weiteren Berathung der Geschäftsordnung wurde die Zustimmung der Regierungskommissaire zu einigen Abweichungen von der Regel gestrichen; dem Berichterstatter, dem Deputationsantrage entgegen, das Wort jederzeit gelassen, die Bejahung durch Sigensbleiben beibehalten. Ueber die (von der Regierung vorgeschlagene) Bildung von Abtheilungen, statt derer als Regel die Deputation ständige Deputationen und Abtheilungen empfiehlt, entstand eine ziemlich lange, allgemeine Debatte. **Fischer** von Leipzig verwendete sich unter einer sehr ansprechenden Appellation

an die Billigkeit und Gerechtigkeit der Linken für die Abtheilungen, welche zur Versöhnung, Eintracht u. s. w. der Parteien, die an sich gar nicht als Rechte und Linke zu bezeichnen seien, sehr beitragen würden; diese habe früher selbst verlangt, was sie jetzt ablehnen wolle. **Gruner** dagegen. **Schieß** mit triftigen Gründen: als Bethätigung aller Abgeordneten, gründlichere und sachgemäßere Berathung, Beispiel von Frankreich und Baden, Verständigung, Abkürzung der Verhandlungen in der Kammer, Sicherung einigen Einflusses der Minorität, für die Abtheilungen. **Haberhorn** für den Deputationsvorschlag, **Benseler** gegen alle ständigen Deputationen, besonders in Gesetzgebungssachen, **Auerswald** für die Abtheilungen, **Behner** und **Tzschirner** wieder dagegen (sie führten zur Oligarchie) und gegen **Fischer** und die Rechte. **Siegel**: es giebt keine Rechte, von der **Tzschirner** gesprochen; die jetzige ist eine gemäßigte Linke! **Dammann** und **Kell** von Leipzig für die Deputationen und Abtheilungen. Reg.-Comm. **Loth** vertheidigt die ersteren, die er schon vor Jahren, wie alle Liberale empfohlen, und gegen die man damals nur eingewendet, sie seien etwas Neues, sie kürzten die Kammerverhandlungen ab, und nur die Regierungen haben ihnen immer Widerstand geleistet. Die gegenwärtige Zusammensetzung der Kammern werde nicht immer dieselbe günstige für die Freiheitspartei sein, und dann würde man, wenn es anders wäre, gern die Abtheilungen haben, die sie jetzt selbst verwirft. **Schaffrath** vertheidigt den Deputationsvorschlag nochmals — mit welchem Erfolge, wird sich morgen zeigen, da die Abstimmung nach einem langen Streit über die Fragestellung ausgesetzt wurde.

Die Adresse an den Staatsminister von der Pfordten.

Die vielbesprochene Adresse hätte sich, es ist wahr, klarer darüber aussprechen können, worauf sie zielt. Allein die Zustimmung, welche sie demohngeachtet, wie man hört, von sehr vielen Seiten findet, dürfte den besten Beweis liefern, daß sie nicht überall ungeeignet gefunden wird.

Man darf unzweifelhaft annehmen, daß es keinem der ersten Unterzeichner in den Sinn gekommen ist, wie es in der vorgestrichenen Nr. d. Bl. fälschlich ausgelegt wurde, unter dem „souverainen Unverstande“ den **Schaffrath'schen** Antrag zu verstehen. Man darf im Gegentheil glauben, daß der Letztere theilweis, z. B. was die Erblichkeit des Oberhauptes anlangt (die wenigstens zur Zeit nicht zeitgemäß erscheint), auch bei mehreren der ersten Unterzeichner Einverständnis gefunden haben wird. Jedenfalls dürfte man den wohlbekannten Männern, von denen die Adresse ausgegangen ist, unrecht thun, wenn man meint, sie könnten begründete, mit ruhiger Ueberzeugung ausgesprochene Ansichten, wenn sie auch von den übrigen abweichen, wie dies z. B. bei **Abg. Dammann** u. A. der Fall war, auf so harte Weise wie geschehen, angreifen, da sie sich ja thatsächlich mehr als einmal zu dem Grundsatz bekannt haben, daß der Grund aller geistigen Freiheit darin beruhe, verschiedene Ansichten zu haben und auszusprechen. Gewiß aber würde sie von dem ungedeulichen